

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

29.7.1919 (No. 174)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
J. B. Reibteur
C. R. A. F.
Druck
und Verlag:
G. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Expedition:
Karlsruher-
Zeitung Nr. 14
Fremdverlag:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 M 15 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 6 M 32 P — Einzelnummer 10 P — Anzeigengebühren: die 7 mal gepaltene Zeile oder deren Raum 20 P zuzüglich 20 % Feuerungszuschlag. Bei längerer Laufzeit der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung, Mahnverfahren, Betriebsführung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Tobetszeichen der früheren Regierung.

An die Bezirksämter ist folgende Anweisung ergangen: Wegen der Belassung der Bilder der verstorbenen Fürsten, z. B. des Großherzogs Friedrich I. und des Kaisers Wilhelm I., welche sich als historische Erinnerungen darstellen, besitzen keine Bedeutung. Die Bilder des letzten Großherzogs können, falls sich Liebhaber hierfür finden, in angemessener Weise, gegebenenfalls im Benehmen mit der Bezirksbauinspektion, verkauft werden; auch läme in Frage, die Rahmen zur Aufnahme anderer Bilder zu verwenden.

Die Ableferung von Branntwein und die Klein- und Obstbrennereien.

In den Kreisen der Besitzer von Klein- und Obstbrennereien ist vielfach die Meinung verbreitet, das Reichsernährungsmittelministerium habe die Maßbeschränkung, welcher der Branntwein aus Klein- und Obstbrennereien gemäß der Veranlassung vom 24. Februar 1917 unterliegt, vollständig aufgehoben. Dem dahingehenden wiederholten und mit allem Nachdruck vertretenen Antrag der Regierung hat das Reichsernährungsmittelministerium leider nicht vollentsprochen. Das Reichsernährungsmittelministerium hat nur in einzelnen Fällen eigener Erzeugung und zwar nur für das Betriebsjahr 1918/19 von der Abgabebeschränkung befreit. Aber auch diese Befreiung ist nicht ohne weiteres freigegeben, sondern unterliegt der Genehmigung der Reichsbranntweinstelle, Abteilung Münch., der die Ermächtigung zur Erledigung derartiger Freigabeanträge übertragen wurde. Dabei wurde die Reichsbranntweinstelle, Abteilung Münch., vom Reichsernährungsmittelministerium angewiesen, die Freigabe von der Bedingung abhängig zu machen, daß eine etwaige Erzeugung über 1 hl aus dem laufenden Betriebsjahr, sowie auch etwaige aus früheren Betriebsjahren stammende ablieferungspflichtige und noch nicht abgelieferte Bestände an die Süddeutsche Spiritusindustrie Kommanditgesellschaft auf Aktien, Zweigniederlassung München, oder nach deren Weisungen abgeliefert werden.

Die auf Grund des § 1 der Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über den Verkehr mit Branntwein aus Klein- und Obstbrennereien vom 26. Juni 1917 zum Verbrauch im eigenen Haushalt für das Betriebsjahr 1918/19 freigegebenen Mengen bis zu 10 Liter sind hierin einbezogen.

Schließlich sei noch erwähnt, daß eine Rückgabe bereits abgelieferter Mengen nicht erfolgt und daß die Freigabe bis zu 1 hl keine Anwendung findet auf Stoffbesteh.

Neue Bestimmungen für den Postverkehr mit dem besetzten Gebiet.

Nach neueren Anordnungen können von jetzt an in Paketen mit einer Wertangabe bis zu 100 M. zwischen dem unbesetzten Deutschland und der britischen Zone der besetzten deutschen Weingebiete unter Beachtung der bisherigen sonstigen Bedingungen Gegenstände befristet werden, deren Beförderung bisher nur in gewöhnlichen Paketen erlaubt war. Ferner dürfen in Paketen aus dem unbesetzten Deutschland nach der britischen Zone elektrische Elemente befördert werden, wenn sie nicht aus Graphit und Salznitrat zusammengesetzt sind.

Außerdem können von jetzt an aus dem unbesetzten Deutschland nach der Rheinpfalz und den übrigen von den Franzosen besetzten Rheingebieten (ausgenommen Elz, Mosel, Saar und Brudersberggebiet von Rehl) gewöhnliche eingeschriebene und Wertpakete bis zum Höchstgewicht von 25 Kilogr., auch dringende und Eilbotenstücke, ohne auch mit Nachnahme bis zu 100 M. im einzelnen, abgefand werden. Die Wertangabe ist nur bei Paketen mit barem Geld und Wertpapieren gestattet.

Zu beachten sind besondere Bedingungen für die Zulassung der Pakete: Zur Einfuhr in Paketen ohne Wertangabe sind folgende Gegenstände freigegeben: Lebensmittel einschl. Getränke, lebende Tiere, Futtermittel für Tiere, Produkte und Häute von Tieren, Sämereien, Maschinenteile zur Instandsetzung von Maschinen, für die Industrie notwendige Rohstoffe, Alten, ferner Pakete an Buchhandlungen (nur durch Vermittlung der Bürgermeistereien der Bestimmungsorte mit Schul- und Wörterbüchern, wissenschaftlichen Werken und Büchern, die vor dem 1. August 1914 gedruckt sind, schließlich leere Verpackungstoffe. Schriftliche Mitteilungen irgendwelcher Art sind weder innerhalb der Pakete noch auf den Pakettartenabschnitten zugelassen. Zeitungen sind weder als Pakete in Paketen noch zur Verpackung des Inhalts zulässig. Die Verpackung muß gehörig gesichert und ordnungsmäßig, doch derartig sein, daß sie von der französischen Postkontrollkommission im besetzten Gebiet leicht geöffnet und nach der Prüfung ohne weiteres wieder benutzt werden kann. Pakete, die irgendwie gegen die Zulassungsbedingungen verstoßen, werden von der französischen Behörde beschlagnahmt, ohne daß der Absender oder der Empfänger Anspruch auf Ersatzleistung hat.

Kohlenkrisis?

In der preussischen Landesversammlung fiel kürzlich von Regierungsseite folgende Äußerung: „Dem Winter sehen wir wegen der Kohlennot mit großer Sorge entgegen. Falls nicht Ruhe und Arbeitsfreudigkeit überall wieder einkehrt, werden weder die Eisenbahnen noch die Industrie genügend Kohle haben.“ Zu dieser Erklärung, die sehr ernste Perspektiven für den Winter eröffnet, wird der „Frankfurter Zeitung“ aus Berlin geschrieben:

Diese Äußerung, gehörig ergänzt, gehörte auf alle Fälle und Sprechplätzen. Wir steuern tatsächlich, und zwar nicht nur mit den Verkehrsanstalten und Fabriken, sondern auch mit unseren Gas- und Stromwerken, mit den Lebensmittelbetrieben einschließlich der Mühlen und Bäckereien, mit der ländlichen Drechlerei und Zuderfabrikation, natürlich auch mit jedem einzelnen Haushalt in eine neue, ganz schwere Kohlenkatastrophe hinein, die den Winter 1917 weit in den Schatten zu stellen droht. Die Industrie außerhalb der Kohlenreviere, besonders die süddeutsche, spürt die Vorzeichen bereits hart und beschwert sich mit Recht über quantitative und qualitative unzureichende Belieferung. Trotzdem darf man das nicht als unabwendbares Schicksal hinstellen, sondern muß fragen, wie weit in den allerersten Wochen, vor und während der Erntebewegung, dem Notstand noch entgegengearbeitet werden kann.

Aber die Zusammenhänge haben sich die Offiziösen schon mehrfach ausgelassen; warnend und mahnend geschah es soeben wieder. Verhängnisvoller Irrtum, etwa zu glauben, daß die Auslastungen nur Eindruck auf die Arbeiterschaft machen sollten, oder daß sie mit einem Seitenblick auf die schwedischen Verhandlungen in Versailles geschähen, wo wir den Versuch machen, für den unter diesen Umständen doppelt fürchterlichen Kohlenbeitrag von zuerst 40 Millionen Tonnen per Jahr wenigstens einen teilweisen Erfüllungsaufschub zu bekommen. Die Offiziösen erschöpfen auch die Ursachen keineswegs, wenn sie nur das Phlegma der Bergarbeiter kritisieren. Zwar ging die Kohlenleistung im Ruhrgebiet zwar zurück (in Schlefien pro Schicht von 1 Tonne im Frieden auf 0,4 Tonne jetzt), und die Winderproduktion ist in der Tat größtenteils auf Schaffensverlust, auf Disziplinmangel und Streikstörungen zurückzuführen, zugleich jedoch auf den vorausgegangenen Kriegsaufbau an der Menschkraft, an den Erbaueneinrichtungen und an den aufgeschlossenen Kohlenreserven, die erst wieder umfassender Erneuerung bedürfen. Außerdem aber sind die großen Zieferungsrückstände in neuester Zeit wieder mit erheblichen Minderleistungen der Eisenbahnen zu erklären. Jetzt, mitten im Sommer, sank die Befüllung an der Ruhr auf 15 000 Wagen täglich (gegen 28 000 im Frieden und 35 000 im Krieg), ähnlich in Oberschlesien von 40 000 auf 15 000, in Ostpreußen, d. i. auf 500 Wagen (gegen 12 000 bzw. 14 000). Die Zieherlager schwellen daher an, ein Vorgang, der aus räumlichen, technischen und neuerdings auch geblischen Gründen seine Grenzen hat und mittelbar Produktionsrückstößen nach sich zieht. Die wellenartig auftretende Erschöpfung unserer Transportkräfte hängt natürlich zusammen mit den nachhaltig ausstehenden Bahnströmen von Erfurt, Breslau und Berlin. Sie ist in gleichem Grade eine vorerst unbehobene Folge der Kriegsanbahnung und vor allem der grauenhaften Schröpfung vom 11. November sowie der anderen militärisch-politischen Maßnahmen, mit denen die Gegner von Westen und Osten in unser Verkehrssystem einschritten. Das beste Vollmaterial, besonders an Lokomotiven, ist uns entzogen. Dazu tritt nun die Mangelhaftigkeit der Revolutionsleistungen in den Reparaturwerkstätten, nicht zuletzt auch vielleicht die verfrühte Verbesserung des Personenverkehrs, die somit auf Kosten des Güterverkehrs erfolgt wäre, ...

„Nachdem“ so jagt der Verfasser u. a. weiter, „die Saar-Produktion und die Kölner Braunkohle für den Rheinstrom fast ganz und für die süddeutschen Gaswerke größtenteils ausgeschaltet sind, ist der Statistik zufolge, unsere Lage diese: Gegen den Herbst 1918 sank in Steinkohlen die Monatsgewinnung um fast 40 Prozent. An der Ruhr und in Oberschlesien betrug die Förderung im ersten Halbjahr 1919 ungefähr 44 Millionen Tonnen (i. B. 73 Millionen), also 60 Prozent weniger; die Bruttoerzeugung, von der allerdings die derzeit gewinnbringendere, weil preislich fast ungebundene Kohle sich etwas entfernt haben kann, mag dennoch einen ungefähren Maßstab für die Braunkohlengewinnung abgeben: Sie stürzte in dem steinkohligen Halle-Brandenburger Gebiet für die Monate Januar-Mai auf 57 Prozent, die Bruttoerzeugung des Leipziger und Niederlausitzer Reviers auf 75 Prozent der gleichen Vorjahreszeit. So verlag die mitteldeutsche Braunkohle, obwohl sie, bei Zagebau, den entwicklungsfähigsten Ländervollern bilden könnte, bisher leider auch, und dies ist nun freilich hauptsächlich die Schuld der Arbeiter.

Wie hat sich nun damit die staatliche Kohlenverteilung bisher abgefunden? Eine amtliche Kohlenbilanz ist nicht zur Hand. Aber von den rund 120 Millionen Tonnen Steinkohlen-Jahresbezug der gesamten deutschen Kriegswirtschaft aus den beiden Revieren Oberschlesien und Ruhr muß ein sehr bedeutender Teil auf den Verbrauch von Marine und Heer und deren Hauptlieferanten entfallen sein. Dieses ganze Quantum schied nach und nach, und ebenso fiel mehr und mehr fort der weitaus größte Teil der Ausfuhr.

Nach zuverlässigen Auskünften greift die Annahme einzelner Vinnenindustrien, wonach diese von den Kohlenverbänden zurückgesetzt würden wegen Bevorzugung der lukrativeren Ausfuhr, weit daneben. Tatsächlich geht nur ein kleiner Bruchteil unserer Kriegs- und Übergangsausfuhr weiter, und diese schwachen Reste exportieren wir nur, sofern Gegenleistungen in Nähr- und Bedarfsstoffen erfolgen. Nach Polen gingen beengte Mengen gegen Karlofen, nach Deutsch-Ostereich und Tschechien laufen z. Bt. 800 Wagen schlefische Steinkohle täglich im Tausch gegen 2070 bis 2200 Wagen hochwertiger böhmischer Braunkohle, die die ärgste Brennstoffnot in Bayern und Sachsen lindern sollen; auch das ist nur ein Sech-

stel der augenblicklichen schlefischen Produktion gegenüber einem Drittel in früherer Zeit. Die Mengen aber, die mit Valutagewinn ins neutrale Ausland, insbesondere nach Holland und nach der Schweiz rollen oder schwimmen, sind gegenüber den Warenaufschubströmen aus der letzten Kriegszeit außerordentlich zusammengeschrumpft, daher auch die dem Reiche zuzuführende Ausfuhrabgabe nur noch einen lächerlich geringen Betrag darstellt.

Und dennoch im Lande der Mangel! Er ist so groß, daß der ohnehin auf 80 Prozent beschränkte Hausbrand in der letzten Brennpériode nur mit fünf Sechstel beliefert werden konnte, daß Württemberg z. B. im letzten Mai nur 20 Prozent seiner Hausbrandsmenormenge empfing, daß sogar viele Zuderfabriken nur mit einem Drittel bedacht werden konnten, daß die Betriebskohlenbestände der Eisenbahnen, z. B. der bayerischen, die besonders stark mit Saarkohle gearbeitet hatten, unlangst nur für 8 Tage reichten gegenüber einem Herbstnormale von 1 bis 1½ Monaten, im Gegensatz zu dem im Vorjahre gesteckten Programm, das in Ansehung der Lebenswichtigkeit der Eisenbahnen sie ganz besonders gut bevorraten wollte. Kann man sie angesichts der Erntebewegung jetzt überhaupt noch genügend für die Frostzeit, wo die Wasserstraßen ausstehen, versorgen? Aber die für die Jetztzeit geradezu gefährlich schwache Befüllung der Gasanstalten und Elektrizitätswerke im ganzen Reiche, besonders auch im Osten, sind kürzlich Weizelzahlen veröffentlicht worden. Nur wenig besser ging es den Volkswirtschaften in einzelnen Bezirken, während man die Frühbrunns-Kohlen in einzelnen Bezirken rechtzeitig an Ort und Stelle hatte. Von den Industrien haben nur die wichtigsten (Stichtoff, Kali, Bosphorbüringer, Mühlen und Lokomotiven) genügend versorgt werden können, doch nur unter Schwierigkeiten und auf Kosten der übrigen Gewerbe, worunter Zement und Ziegel, also gerade die Aufbauintdustrie und zugleich jene, die für Arbeitertandbelüftung auf den Feldern Vorrat leisten müßten. Dabei sind — übrigens von beiden Seiten — die Ertragsermäßigungen über den Tausch von Kohle gegen Weizel noch längst nicht in vollen Fluß gekommen, und man hätte mit Recht einen vollkommener Zusammenbruch unserer Kohlenwirtschaft zu befürchten, wenn demnächst die Polen, wie es heißt, die Hälfte der schlefischen Jahresproduktion von zur Zeit 26 Millionen Tonnen für sich behalten wollten; und wenn wir tatsächlich vom September/Oktober ab die drückenden Friedensvertragslieferungen nach dem Westen beginnen müßten, dies obwohl wir an Saarkohle kaum ein Rebnitel der früheren Gesamtmenge und kaum ein Viertel des früheren Bedarfs der süddeutschen Gasanstalten überlassen erhalten.

Bei solcher Sachlage ist es befreudlich, daß nicht längst wieder zwanngsweise Verbrauchseinsparungen versucht wurden, die bei nachlassender Autorität der Reichsregierung von den Gliedstaaten und Gemeinden selbsttätig unterstützt werden müßten. Die Gleichgültigkeit, mit der jetzt wieder in großen und kleinen Städten im Gas- und Stromverbrauch, in der Warmwasserbereitung und bis spät in den Sommer hinein einzeln auch in der Beheizung verfahren worden ist, desgleichen der Beleuchtungssturz in Vergnügungstätten und Großwohnungen fordern angesichts der allgemeinen Notlage zu neuen Eingriffen geradezu heraus. Wir können uns nicht darauf verlassen, daß uns abermals ein milder Winter hilft, dies um so weniger, als wir im letzten Jahre immerhin nach 1½ Millionen Tonnen hochwertigen Stoks und Kohle in den Revieren auf Lager hatten, während zur Zeit die Ziegebestände erst einige hunderttausend Tonnen betragen. Des weiteren wäre zu fragen, wieviel der Selbstverbrauch der Gütersechen heute noch zu rüchichtslos ist, wie weit gerade er, bei dem die Verschwendung zum einseitigen Ingangstehen einer Industrie gegenüber unverantwortlicher Lähmung aller übrigen Gewerbe ganz besonders groß ist, durch Verordnung auf ein anderes Maß zurückgeführt werden könnte. Diese Mittel sind kleine und negative, aber sie werden rascher wirksam als alle Projekte zur technischen Kohlenersparung und zur Welegschaftsverstärkung. Selbstverständlich muß man auch diese weiter verfolgen, muß insbesondere die durch die Schichtverlängerung auf sieben Stunden notwendig gewordene Anmerkung und Befahrung von Kohlenarbeitern mit größtem Nachdruck betreiben. Wenn die Röhre auch dadurch vielleicht getrieben werden und der Unternehmerrgeinnnis sich tollends ins Gegenteil verkehrt, so wird das erträglich erscheinen gegenüber der größeren Gefahr, die gesamte übrige Industrie jetzt nach Aufhebung der Blockade noch immer in der Unterproduktion zu halten. Jetzt ist es höchste Zeit — für Arbeitnehmer wie für Arbeitgeber, seien sie private oder öffentlich-rechtliche — die Wirtschaft „anzufurbeln“. Soweit aber die Kohlenfrage eine Transportfrage ist, muß diese von der Eisenbahnverwaltung jetzt aufs neue mit aller Macht angepaßt werden, sei es durch gewalttame Hebung der Reparatur- und Neubauleistungen, sei es durch soziale Zugeständnisse zur Wiedererweckung aufopferungsfähiger Pflichttreue, sei es durch Reformen in der Verkehrsdisposition und in der Verwaltung.

Zugleich müßte auch die Bevölkerung Vernunft annehmen, und sich selbst beschränken, wenn es wieder zu einer Einschränkung des Kohlenverbrauchs oder des Personenverkehrs oder zur sonstigen Beeinträchtigung ihrer Rechte und Gewohnheiten läme. Wir haben in letzter Zeit, ohne es zu wissen, unsere letzten Brennstoffvorräte aufgezehrt und sehen doch andererseits keine dauernde Möglichkeit, etwa amerikanische Kohle, selbst wenn der kohlenknappe Weltmarkt davon viel für uns übrig ließe, als Ersatz zu kaufen. Es wäre finanziell nicht zu verantworten, wenn der Kohlenhant Deutschland ebenso wie der Zuderstaat Deutschland, mag man sie beide im Westen und Osten noch so schroff der wichtigsten Produktionsmittel beraubt haben, sich nicht selber mit den verbliebenen Stämmen in einer solchen Notlage der Valuta, des Kredits, des Rohstoff- und Lebensbedarfs mit ihren ureigensten Produkten versorgen wollten, sondern leichtfertig und kurzlebig mit fremder Brotmehenz liebäugeln wollten. Arbeiter und Volk, Verwaltung und Masse müssen sich klar werden über das, was in diesen kritischen Augenblicken für den einzelnen und für alle zusammen notwendig ist.

Deutsche Nationalversammlung.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung stand die Fortsetzung der allgemeinen politischen Aussprache über die Erklärungen der Regierung.

Abg. Löbe (Soz.) wiederholt den Antrag, den Gesandten über den Staatsgerichtshof mit der allgemeinen politischen Aussprache zu verbinden.

Abg. Schulz-Brumberg (D.-N.) erhebt dagegen Einspruch.

Abg. Kaufmann (Dem.) stimmt dem Antrage Löbe zu.

Der Antrag Löbe wird mit großer Mehrheit angenommen.

Reichsminister Dr. David: Die Frage nach der Schuld am Ausbruch des Krieges, nach der Verantwortung für seine Verhinderung und für seinen Verlust bewegt heute alle Teile unseres Volkes aufs tiefste und deshalb hat die Regierung den dringenden Wunsch, daß der Entwurf eines Staatsgerichtshofgesetzes so rasch wie möglich verabschiedet wird. Es liegt ein Antrag hierzu vor, der darauf hinausgeht, den Entwurf völlig zu verbessern. (Abg. Kaufmann: „Objektiver zu gestalten.“)

Die Kritik von Professoren in politischen Dingen ist im Kriege noch tiefer gesunken als unsere Baluta („Sehr gut!“ links), und nachdem, was wir von politischer Objektivität von politisch gesuchten Juristen erlebt haben, besteht auch nicht das Verlangen, daß das Volk ihnen ein besonderes Vertrauen entgegenbringt. Der im Entwurfe vorgesehene parlamentarische Ausschuß von Mitgliedern aller Parteien ist die Haupteinrichtung für die objektive Feststellung von Tatsachen, an der jede Partei Kontrolle ausüben kann. Dazu tritt dann als zweite Instanz der Staatsgerichtshof. Auch die Rätebeteiligten haben ein Interesse daran, daß ein solcher Staatsgerichtshof eingerichtet wird. Er gewährt ihnen einen gewissen Schutz gegen den Spieß eines einseitig zusammengesetzten Ententesgerichtes. Die Reichsregierung wünscht nur Wahrheit und Gerechtigkeit nach allen Seiten. Ein Antrag Löbe wünscht die Veröffentlichung aller der Regierung bekannten Geheimdokumente. Die Regierung hat zu erklären, daß eine Veröffentlichung aller dieser Dokumente in umfassendstem Ausmaß vorbereitet ist. Die den Waffenstillstand betreffenden Teile werden schon in der nächsten Zeit der Öffentlichkeit übergeben und auch die den Kriegsausbruch betreffenden werden schon in aller Kürze in Druck gegeben werden. Die volle Wahrheit, die auf diese Weise an den Tag kommen wird, mag für einzelne schmerzhaft und folgenreich sein, der Gesamtheit des Volkes wird sie zum Segen gereichen.

Abg. Dr. Gethin (Dem.): Unbestreitbar hat der letzte Träger der Kaiserkrone unsere Beziehungen zum Auslande mehr gefährdet als gebessert infolge seines Mangels der Erkenntnis der politischen Notwendigkeiten und weil er sich stets auf die Seite der Machtpolitiker geschlagen hat. Er trägt einen wesentlichen Teil der Schuld an unserem Unglück. Wir erblicken in der Wiederherstellung der Monarchie die schwerste Gefahr nach Innen und nach Außen und verteidigen deshalb auf das schärfste die republikanische Staatsform. (Vorangehender, lebhafter Beifall.) Die Mitteilungen Erzbergers über die Kapitulation haben uns alle erschüttert. Wir halten es aber für unbedingt notwendig, daß uns auch die englische Note an den Kaiser, die Minister Erzberger nicht mitgeteilt hat, scheinungsbekannt gegeben wird. Die Bekanntheit der Czerninschen Erklärung durch Erzberger an den engeren Parteivorstand halten wir für bedenklich. Aber wenn eine Begründung des Gesandtenentwurfes über den Staatsgerichtshof notwendig wäre, dann wäre sie gegeben durch den genannten Bericht und nun müßten wir hören, daß dieser Bericht keinen Eindruck gemacht habe. Das ist ein Zeugnis vollständiger politischer Urteilslosigkeit. Die Beendigung des Krieges im Jahre 1917 hätten uns 500 000 bis 600 000 unserer besten Söhne gespart. (Bewegung.) Es kommt hinzu, daß nicht erst im Herbst 1917, sondern schon Ende 1916 und Anfang 1917 eine noch günstigere Friedensgelegenheit gegeben war. Aber Wilson erhielt durch uns einen Schlag ins Gesicht durch die Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges. Die Entscheidung hierüber ist in einer Kabinettsitzung vom 18. Januar 1917 gefallen unter Abwesenheit Bethmann Hollwegs und des Staatssekretärs des Auswärtigen. Auch die Mehrheit des Reichstages trägt hier eine Mitschuld. Im Haushaltsauschuss ist auf Antrag Gröber beschlossen worden, die Entscheidung über den U-Bootkrieg sei als rein militärische Frage allein durch die militärische Gewalt vorzunehmen.

Reichsminister des Auswärtigen Müller: Die Frage der Auswanderung wird bereits von der Regierung mit Aufmerksamkeit verfolgt. In der Frage der Räumung des Baltikums ist schon vor längerer Zeit ein Übereinkommen zustande gekommen, dahingehend, daß ein Nachschub in das Baltikum nicht mehr stattfinden soll. In dem Falle Axelrod ist zu sagen, daß Axelrod an Bayern ausgeliefert hat. Das Auswärtige Amt hat über die Exterritorialität ein Gutachten abgegeben und diese verneint. Radef wird freigelassen werden, sobald die russische Sowjetregierung erklärt wird, daß er mit ihrer Genehmigung nicht wieder nach Deutschland zurückkehren werde. Zur Friedensfrage erklärt der Redner: Der damalige Reichskanzler Prinz Max von Baden wollte die Friedensverhandlungen nicht unter dem Druck des militärischen Zusammenbruches in die Hand nehmen. Er richtete deshalb die bestimmte Anfrage an die Oberste Heeresleitung, ob sie sich bewußt sei, daß die Einleitung einer Friedensaktion unter dem Druck der militärischen Zwangslage zu dem Verluste deutscher Kolonien und deutschen Gebieten führen könne. (Hoffmann: „Hört, hört!“) Die Oberste Heeresleitung erklärte auf ihrer Forderung der sofortigen Übergabe des Friedensangebots bestehen zu müssen. Die militärische Lage führte also zum Waffenstillstand. Minister Erzberger hat also durchaus recht gehabt. Zum Schritt des Runtius Pacelli am 13. August habe ich für heute folgendes zu erklären: Das Schreiben des Runtius ist, wie ich inzwischen festgestellt habe, erst am 5. September in Berlin eingetroffen. Dadurch wird die Spannung um 19 Tage vermindert. Die Anfrage der englischen Regierung war als Anlage diesem Schreiben beigegeben. Sie hatte kein Datum und lautete in der Übersetzung:

„Wir haben noch keine Gelegenheit gehabt, unsere Verbündeten über die Note Sr. Heiligkeit zu befragen und sind nicht in der Lage, uns über eine Beantwortung der Vorschläge Sr. Heiligkeit betreffend die Bedingungen eines Friedens zu äußern. Unserer Ansicht nach besteht keine Wahrscheinlichkeit dafür, diesen Frieden herbeizubekommen, solange sich nicht die Zentralmächte und ihre Verbündeten in formeller Form über ihre Kriegsziele und darüber geeinigt haben, zu welchen Wiederherstellungen und Entschädigungen sie bereit sind, durch welche Mittel in Zukunft die Welt vor der Wiederholung der Greuel, unter denen wir leiden, bewahrt bleiben könnte. (Hört, hört!) Selbst hinsichtlich Belgien — und in diesem Punkte haben die Zentralmächte anerkannt, im Unrecht zu sein — ist niemals eine bestimmte Erklärung über ihre Absichten geworden, die völlige Unabhängigkeit wieder herzustellen und die Schäden wieder auszumachen.“

Aus diesem Schreiben geht hervor, daß die belgische Frage das Kernproblem der Friedensfrage war. Dreierlei stelle ich fest: 1. daß der Reichskanzler Michaelis den Parteiführern von der Note Pacellis und dem englischen Friedensangebot nichts mitgeteilt hat, 2. daß den Parteiführern die Abgabe einer präzisierenden Erklärung über Belgien versprochen wurde, und 3. daß die Antwort Michaelis genau das Gegenteil einer deutschen

präzisierenden Erklärung war. Im Falle des Sergeanten Mannheimer wende ich mich gegen die Bezahlung der Ruhe von 1 Million Franken durch die Stadt Berlin, auch heute noch, obwohl die französische Regierung erklärt hat, sie werde das Geld dem roten Kreuz zur Verfügung stellen. Wir erkennen die Forderung nicht als berechtigt an. Über die Vorgänge, die zur Ermordung Mannheimers führten, ist eine Untersuchung im Gange, deren Ergebnis wir abwarten. Ich bin entgegen der Behauptung meiner Gegner dem Völkerbund nicht nachgelassen. Ich habe ausdrücklich festgestellt, daß dieser Völkerbund ein Bund der Kriegskabinetts ist. Ich habe allerdings an den Völkerbund appelliert, denn darin erblicke ich die einzige Hoffnung für die Notwendigkeit der Revision des Vertrages. Ich werde meine Politik entsprechend meiner Programmatik weiterführen, solange ich das Vertrauen der Mehrheit des Hauses hinter mir weiß. (Abhaltender Beifall in der Mitte und links.) (Schluß folgt.)

Politische Neuigkeiten.

Die Abdankung des Kaisers.

Die „Kreuzzeitung“ bringt eine Darstellung, für deren Richtigkeit Hindenburg, Pflessen, Hünke, Freiherr v. Marschall und Graf Schulenburg die volle Verantwortlichkeit übernehmen über die Vorgänge am 9. November in Spa. Nach dieser Darstellung äußerte der Kaiser bei einer Orientierungstour des preussischen Innenministers Dreows über die Abdankungsfrage am 1. November auf Hindenburgs und Gröners Rat, wie auch am 5. und 6. November, wo nach Gröners Ansicht der Rücktritt unvermeidlich war, daß er entschlossen sei, nicht abzutreten, weil dann die Zerlegung von Meer und Volk unvermeidlich sei. Er wollte an der Spitze des Heeres die Ordnung in der Heimat wieder herstellen. General Gröner erhielt Befehl, die Operationen vorzubereiten. Hierüber fand am 8. November zwischen Hindenburg, Pflessen und Gröner eine Besprechung statt, bei der man sich die bis dahin schon fast allgemeine Revolutionierung der Heimats- und Etappenruppen eingeleitet. Angesichts dieser Verhältnisse bedingte Gröner den Plan eines Vormarsches gegen die Heimat als aussichtslos. Auch Hindenburg wollte den Bürgerkrieg vermeiden. General Pflessen dagegen war dafür, daß der Kaiser sich nicht einer Handvoll Revolutionären füge. Am 9. November vormittags 10 Uhr hielten Gröner und Hindenburg Vortrag beim Kaiser. Hindenburg hat um seine Entlassung, weil er dem Kaiser zur Abdankung raten müsse. Gröner, Schulenburg und Pflessen gaben ihre zum Teil gegenteiligen Meinungen kund. Schulenburg erklärte, daß Waffenruhe erforderlich und dann in 8-10 Tagen eine genügende Truppenmacht verwendungsbereit sei. Der Kaiser neigte anfänglich dieser Auffassung zu, erklärte sich aber dann auch gegen einen Bürgerkrieg und für die Ansicht, daß die Entente diese unerfahrene Schwäche des Heeres ausnützen würde. Er wollte nach geschloßenem Waffenstillstand friedlich in die Heimat zurückkehren; aber Gröner bewies, daß die Revolution unmittelbar gegen die Person des Kaisers gerichtet sei.

Gegen Ende dieses Vortrages traf nun die erste Aufforderung zur Abdankung aus Berlin ein, der immer dringlichere und häufigere folgten. Inzwischen hatte Hindenburg 39 Generale und Regimentskommandeure der Heeresgruppen Rupprecht, Kronprinz und Gallwitz nach der Zuverlässigkeit der Truppen gefragt. Die Meldung fiel so aus, die Truppen seien dem Kaiser noch treu, aber einzig und allein vom Wunsch zum Waffenstillstand befreit. Zu den Gesprächsgegenständen der einzelnen Gruppen, die sich inzwischen gebildet hatten, gehörte auch die Frage, wohin der Kaiser sich begeben sollte, falls seine Sicherheit nicht mehr gewährleistet werden könnte. Einzelne empfahlen die Schweiz, Hindenburg Holland. Der Feldmarschall war besonders entrüstet über die Forderung der Abdankung seitens der Berliner Regierung.

Inzwischen fanden in Berlin schon Straßenkämpfe statt. Die Truppen waren übergegangen, und Telegramm auf Telegramm drängte nach Abdankung. Der Kaiser wollte nun, um Wutbergungen zu vermeiden, als deutscher Kaiser aber nicht als König von Preußen abdanken, weil dann auch die meisten Offiziere das Heer verlassen würden. Die entscheidende Wendung trat dann dadurch ein, daß der Unterstaatssekretär Bahnschaffe die Abdankungserklärung binnen weniger Minuten fertigte, da sonst alles verloren sei. Als Hünke forderte, daß zuvor der Entschluß des Kaisers angehöret werden müsse, wurde die bereits durch Wolff veröffentlichte Erklärung mitgeteilt, daß der Kaiser abgedankt habe. Prinz Max von Baden habe also, so sagt der Bericht, die Abdankung des Kaisers und dann die des Kronprinzen veröffentlicht, ohne die Ermächtigung hierzu abzuwarten. Als der Kaiser das hörte, sagte er: „Ich bin und bleibe König von Preußen und als solcher bei meinen Truppen.“ Erst als bei einer weiteren Konferenz der Generale festgestellt war, daß ein Widerstand gegen die Revolution unmöglich, das Leben des Kaisers gefährdet und als einziger Ausweg aus einem Bürgerkrieg der Abtritt des Kaisers ins neutrale Ausland bezeichnet wurde, entschied sich der Kaiser, daß er die Nacht im Hofjag zu bringen wollte, der zur Fahrt nach Holland bereit stand. Hindenburg verließ den Kaiser um 5 Uhr, mit der Überzeugung, ihn am nächsten Tage wieder zu sehen. Gegen halb 8 Uhr meldete Pflessen, daß der Kaiser sich zur Abreise entschlossen habe, riet aber Hindenburg von einem nachmaligen Besuch ab. Schließlich wurde die Abreise auf den nächsten Morgen 5 Uhr festgesetzt, weil bei einer späteren Abreise das Moment der Übertragung zugunsten der Durchführung des Planes weggefallen wäre.

Czernin und Erzberger.

Der Korrespondenz Wilhelm ist vom Grafen Czernin folgendes Telegramm zugegangen:

„Grundbesitz, 27. Juli, nachmittags 4.10 Uhr. Um zahlreichen Anfragen der Presse nachzugeben, bitte ich um Veröffentlichung folgender Zeilen: „Soweit ich aus den Ausgüssen der Presse es beurteilen kann, gibt die Rede Erzbergers kein erschöpfendes Bild der Vorgänge. Viele, ungemein wichtige Vorgänge sind gar nicht erwähnt und dadurch entsteht ein falsches Gesamtbild. Was meinen von Erzberger erwähnten Bericht vom April 1917 anlangt, in welchem ich für eine Beendigung des Krieges durch territoriale Opfer der Mittelmächte eintrat, so war dieser Bericht ausschließlich für die beiden Kaiser und den Reichskanzler bestimmt. Es bestand damals die begründete Hoffnung zu einem Verständigungsfrieden, wenn auch mit Opfern zu gelangen. Von einer nicht verantwortlichen Seite wurde dieser Bericht ohne mein Wissen und hinter meinem Rücken Herrn Erzberger übergeben, welcher denselben nicht geheim hielt. Ich muß aber ausdrücklich konstatieren, daß Erzberger bona fide (im guten Glauben) gehandelt hat und der begründeten Auffassung war, im Sinne seiner Auftraggeber zu handeln, wenn er die streng geheimen Tatsachen preisgab.“

Der Inhalt des Berichtes kam durch das Vorgehen Erzbergers zur Kenntnis unserer Gegner. Ein jeder, der meinen Bericht liest, kann sich eine Vorstellung von den Folgen machen. Die Darstellung des Grafen Wedel ist daher, soweit sie mit bekannt ist, völlig richtig. Im übrigen könnte ich die Darstellung, die vieles gar nicht erwähnt, durch Dokumente beweisen.

welche in meinem Besitz sind. Ich erfuhr von der Übergabe meines Berichtes an Erzberger erst, als es zu spät war. Die vom Grafen Wedel mit Erzberger jetzt besprochenen Tatsachen sind aber nur Glieder einer ganzen Kette unentwerthlicher Nebenpolitik, deren Gänge ich erst ein Jahr später entdeckte und welche meine Demission veranlaßten. Mein demnächst über den Weltkrieg erscheinendes Buch wird, soweit ich es für geboten halte, Klarheit über diese politischen Vorgänge bringen und gestützt auf Dokumente, die Wahrheit beweisen.“

Ein Beschluß des franz. Ministeriums vom Mai 1917.

„Comme l'ordre“ schreibt laut „B. Fr.“ zu den Friedensversuchen vom Juli 1917, daß Clemenceau in der Kammer die Vorgänge des Friedensstrettes Englands und Frankreichs bekannt geben werde. Es liegt ein Beschluß des französischen Ministeriums vom Mai 1917 vor, der den Verhandlungen mit Deutschland zustimmte, sofern Belgien und Nordfrankreich bedingungslos wiederhergestellt werde und über Elsaß-Lothringen die Volksabstimmung entfalle. Die Verzögerung einer Entschliebung Deutschlands sei die Veranlassung gewesen, daß der Krieg damals weitergegangen sei.

Eine Erklärung Kühlmanns.

Die „B. Z.“ am Mittag“ schreibt: Auf eine Anfrage des Herrn von Kühlmann, ob er zu den Äußerungen des Generals Ludendorff seine Stellung nehmen wolle, antwortete von Kühlmann mit der folgenden Erklärung: „Das verantwortliche Reichskabinet ist meiner Ansicht nach zuständig, um zu befinden, was über wichtige diplomatische Vorgänge in der letzten Zeit veröffentlicht werden kann. Ich persönlich halte mich der Publikation über vertrauliche Vorgänge während meiner Amtszeit ohne Ermächtigung des Auswärtigen Ministeriums nicht für befugt, glaube auch, daß der Nutzen für unsere Politik bezweifelt werden muß. Eine wirkliche Klärung wird nur wohl möglich sein, wenn durch ein Verfahren, wie das vor dem Staatsgerichtshof geplante, an Hand des gesamten Aktenmaterials der politischen Ereignisse in ihrem Zusammenhang geprüft werden können.“

Die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen.

Eine Habas-Depeche meldet: Der französische Ministerpräsident hat den allgemeinen Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen auf die Wege nach der Ratifikation des Friedensvertrages im französischen Parlament festgesetzt. Die Ratifikation soll bis 15. August durchgeführt sein.

Die Verteilung der Kohlenvorräte.

Über die Verteilung der verfügbaren Kohlenmengen in Deutschland bringen die Morgenblätter Mitteilungen angeblich von maßgebender Stelle. In erster Linie würden die Eisenbahnen berücksichtigt. Dann folgten Lebensmittelindustrie, Lebensmittelfabriken und Hausbrand. Zuletzt komme die Industrie heran. Werde die Kohlenförderung nicht ganz bedeutend gehoben, so daß die Industrie erheblich mehr Brennstoff erhalten könne, dann müsse für den Herbst mit Millionen von erwerbslosen Arbeitern und Angehörigen gerechnet werden. Die „Köf. Zg.“ schreibt: „Es sollte in diesem Augenblick für jedermann im Reich nur eine Aufgabe geben, der Gefahr vorzubeugen, vor der das deutsche Volk steht, daß eines Tages ernste Schwierigkeiten aus dem im Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen erwachsen. Bei den augenblicklichen Arbeitsverhältnissen kann auch der mindeste Lieferungsvertrag unerfüllbar werden. Die Gefahr ist so groß, daß jede Trennung in politische Parteien und auch Wirtschaftsmeinungen verschwinden sollte.“

Vom internationalen Gewerkschaftskongress.

Aus Amsterdam wird unterm 27. gemeldet: In der gestrigen Nachmittagsitzung der Vorkonferenz des internationalen Gewerkschaftskongresses antwortete der Vorsitzende des Allen Internationalen Gewerkschaftsbundes, Legien, auf die von belgischer Seite gegen die deutschen und österreichischen Gewerkschaften erhobenen Vorwürfe und sagte: Die Deutschen seien nicht gewöhnt, ohne irgend einen Erfolg ins Blaue hinein zu protestieren. Ein Protest der Führer der deutschen Gewerkschaften wäre ein papierener Protest ohne irgend eine nützliche Wirkung gewesen. Darum habe man ihn unterlassen. Außerdem sei es eine Tatsache, daß die Deutschen und auch die belgischen Arbeiter die Übergangsgewerkschaften, einen Übergangskrieg für die Erhaltung ihres Landes zu führen. Das habe der Friedensvertrag von Versailles auch als richtig erwiehen. Unter diesen Umständen habe man von den belgischen Arbeitern nicht verlangen können, daß sie die Kriegskredite verweigerten; das wäre auf ein Inzichlassen des eigenen Vaterlandes hinaus gelaufen.

Queber (Deutsch-Österreich) erklärte die belgischen Beschwerden für berechtigt, aber auch die österreichischen Arbeiter hätten schwer gelitten; sie seien buchstäblich in einen Zustand anisther Sklaverei geraten.

Gompers (Bereinigete Staaten) erklärte u. a., er sei ebenso wie Queber der Ansicht, daß durch die Vergangenheit ein roter Strich gemacht werden und daß man ein neues Kapitel beginnen müsse. Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung werde nichts lieber sehen als das. Auch sei sie bereit, an dem Sinn der Demokratie mitzuwirken. Aber um das zu ermöglichen, brauche man Menschen, die tun könnten und wollten, was ihre Pflicht ist.

Appleton (England) protestierte gegen die Erklärung Legiens, daß der Krieg für die Deutschen ein Verteidigungskrieg gewesen sei. Dies sei er erst nach der Marne Schlacht geworden.

Gierauf wurde von der französischen Delegation beantragt, eine Kommission zu ernennen, um eine Entschliebung betreffend eine neue Internationale auf breiterer solidarischer Grundlage mit härteren Siderheiten für die Zukunft aufzusehen.

Zouhaux (Frankreich) sprach die Ansicht aus, daß die Führer der deutschen Gewerkschaften nicht ihre Pflicht getan hätten. Wenn die Organisationen aller Länder stets gegen den Militarismus aufgetreten wären, so wäre der internationale Gewerkschaftsbund vielleicht hart genug gewesen, um den Krieg zu verhindern. Auch er sei der Ansicht, daß die Deutschen gegeben sollten, daß sie nicht ihre Pflicht getan hätten. Im übrigen sei aber für die Fundierung einer neuen Internationale notwendig, daß alle zugeben, daß sie Fehler begangen hätten.

Darauf wurde der Antrag der französischen Delegation angenommen. Die Kommission, für die Mitglieder angewiesen werden, wird am Montag zusammentreten.

Die von Sassenbach im Namen der deutschen Gewerkschaftsverbände überreichte Entschliebung hat folgenden Wortlaut:

„Die deutschen Gewerkschaftsverbände haben stets anerkannt, daß Deutschland in Bezug auf Belgien falsch gehandelt hat. Sie haben immer die Kriegsverbrechen, die während der deutschen Besetzung Belgiens begangen wurden, verurteilt. Die Deportierung belgischer Arbeiter geschah nicht mit Zustimmung

der deutschen Arbeiter, und soweit es während des Krieges möglich war, haben wir sie bekämpft. Die Haltung der deutschen Arbeiterklasse bei Ausbruch des Krieges und während des Krieges wurde durch die Lage Deutschlands bedingt. Wir waren überzeugt, daß Deutschland einen Verteidigungskrieg führt, und daß dies allgemein geglaubt wurde, ist durch die Tatsache bewiesen, daß auch die sogenannten unabhängigen Sozialdemokraten bei Ausbruch des Krieges die gleiche Haltung einnahmen. Die deutsche Arbeiterklasse war stets Gegner des Krieges und der Kämpfungen und hat niemals den imperialistischen Bestrebungen der Regierung zugestimmt. Wenn zu Beginn des Krieges alles das, was bekannt ist, schon bekannt gewesen wäre, wenn die deutschen Arbeitergewerkschaften und ihre Führer die Überzeugung gehabt hätten, daß Deutschland die angreifende Macht war, dann hätten sie zweifellos versucht, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Krieg zu verhindern. Wir müssen anerkennen, daß die Arbeiter der anderen Länder manche unserer Handlungen während des Krieges nicht billigen und verstehen können. Diese Handlungen wurden uns jedoch durch den harten Kampf, den das deutsche Volk durchzumachen hatte, aufgezwungen. Jetzt, wo uns die Wahrheit vor Augen tritt, ist es klar, daß viele Dinge, die wir in voller Überzeugung taten, nie getan worden wären. Alles was wir getan haben, haben wir in der vollen Überzeugung getan, daß das Recht auf Seiten des deutschen Volkes stehe. Zu Beginn des Krieges haben wir versucht, unsere Pflicht zu tun, ohne die Arbeiterklassen der anderen Länder zu benachteiligen und ohne unsere eigene nationale Pflicht zu vernachlässigen.

Badische Uebersicht.

Der 6. Nachtrag zum Staatsvoranschlag.

oc. Der schon angekündigte 6. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für die Jahre 1918/19 ist sechsen im Druck zur Veröffentlichung gelangt. Er enthält zunächst außer der Anforderung von 17 Millionen für die Verbesserung des Auslandslebensmittels unter Einnahmen die Summe von 141 600 000 M., die aus den neuen direkten Steuern aufgebracht werden sollen sowie eine Forderung von 30 Millionen Mark für das Murgwerk, über die wir gesondert berichten.

Der Ausbau des Murgwerks und die Elektrizitätsversorgung Badens.

* Der sechsen im Druck erschienene VI. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für die Jahre 1918/19 enthält beträchtliche Neuansforderungen für den weiteren Ausbau des Murgwerks und für eine umfassende Elektrizitätsversorgung Mittelbadens wie des Seckreises. Aus den Erläuterungen zu den 30 Millionen übersteigenden Anforderungen geht hervor, daß bis jetzt für den ersten Aufbau des Murgwerkes nahezu 23 Millionen Mark bewilligt worden sind. Infolge der ganz außerordentlichen Erhöhung aller Baupreise, der Arbeiterlöhne usw. reicht diese Bewilligung nicht aus. Zur Fertigstellung der ersten Ausbauarbeiten sind deshalb noch 1,8 Millionen Mark notwendig. Die rasche Entwicklung des Strombedarfes und die Übernahme der Elektrizitätsversorgung von Mittelbaden, die beabsichtigt nicht wie zuerst geplant, durch eine Gesellschaft, sondern durch den Staat selbst geschieht, machen die alsbaldige Ausführung einiger Ergänzungs- und Erweiterungsbauten nötig, die einen Aufwand von 5 Millionen Mark verursachen. Das Überlandnetz in Mittelbaden muß ausgebaut werden, vor allem soll eine 100 000 Voltleitung zwischen Nord- und Südbaden errichtet werden, die den Stromaustausch zwischen dem Murgwerk und den Kraftwerken am Oberrhein ermöglicht. In Anbetracht der Kohlennot und des dringenden allgemeinen Bedarfs für elektrische Kraft, wie nicht minder im finanziellen Interesse des Murgwerks selbst erscheint es geboten, den zweiten Ausbau des Werks bis zur Erstellung der großen Staubeden an der Baumtünzel und Schwarzenbach ohne jeden Verzug in Angriff zu nehmen. Die Vorarbeiten sind bereits in Angriff genommen.

Eine andere Befürchtung betrifft ferner auch das Rechnungswesen des Murgwerks, das bisher von der Eisenbahnverwaltung besorgt, nun eine eigene Rechnungsführung erfolgen soll, nachdem durch die Übernahme der Elektrizitätsversorgung von Mittelbaden mit schätzungsweise 30 bis 40 000 Kleinabnehmern laufende Rechnung zu pflegen ist.

Für den Bau der Anlagen zur Elektrizitätsversorgung von Mittelbaden und zur Belieferung der Kreise Heilbronn und Mosbach mit Murgwerkstrom sind nahezu 18 Millionen in den Nachtrag eingestellt. Zur Versorgung der Amtsbezirke Melsbühl, Müllersdorf, Stöckach und Überlingen sollen die 15 000 Voltleitungen für die Zuführung des vom Laufenburgerwerk zu beziehenden Stromes auf Staatskosten erstellt und der Preis für die Stromabgabe an den noch zu gründenden Verband der beteiligten Gemeinden, welchem der Bau der Ortsnetze usw. überlassen bleibt, nicht höher bemessen werden, als erforderlich ist, um neben den Selbstkosten des Stroms und Betriebs noch den Bedarf für Zinsen und Tilgung aufzubringen.

Kulturarbeiten.

* Die in Freiburg erscheinende „Volkswocht“ läßt sich aus Jahr berichten: Die badische Regierung ist rübrig an der Arbeit, umfangreiche Meliorationsarbeiten im ganzen Lande zwecks besserer Ausbarmachung des Landes vorzunehmen. In der Umgebung von Lahr hat die staatliche Kulturbehörde folgende Meliorationsunternehmungen in Arbeit. In Oberschöpsheim sollen 28 Hektar drainiert werden. Die Kosten beziffern sich auf 26 000 M. Ferner wird ein Entwurf zu 91 Hektar Wiesenentwässerung bearbeitet. In Oberweier sind 13 Hektar Riedentwässerungen mit einem Aufwand von 20 000 M. vorgesehen, die sich bereits in Ausführung befinden. In Ronnenweier sollen 70 Hektar Wiesen entwässert werden.

Aus dem badischen Parteileben.

* Die Stellung der badischen demokratischen Partei und Landtagsfraktion zu den bad. württembergischen Vereinigungsplänen. In Stuttgart fand am Samstag und Sonntag ein Vertretertag der Deutschen Demokratischen Partei Württemberg statt. Als Vertreter der demokratischen Partei und Landtagsfraktion Badens nahm Abg. Dr. Reger-Heidelberg an den Verhandlungen teil, der in einer Begrüßungsansprache über den Gedanken eines staatlichen Zusammenchlusses von Baden und Württemberg folgende Ausführungen machte: „Wir in der badischen Landtagsfraktion wünschen, daß diese Frage mit aller gebotenen Gründlichkeit geprüft werde. Aber ein großer Teil von uns ist sehr heftig gegenüber den Stimmen, die sich für den Zusammenfluß aussprechen. Den Partikularen in beiden Staaten möchte ich wünschen, daß ihre Gefühle keine schmerzlichen Erschütterungen zu erleiden hätten, als es infolge der Vereinigung zweier nach Art und Kultur so verwandter Stämme der Fall sein würde. Gerade diese Partikularen haben heute allen Grund, gegenüber zu weitgehenden unitarischen Tendenzen in unserem deutschen Nationalstaat den Gedanken eines einheitlichen Süddeutschlands

zu unterstützen. Vom Standpunkt der badischen Demokraten aus aber darf ich sagen: Für viele von uns würde es nicht den Abschluß einer Vernunftfrage, sondern einer Reizungsfrage bedeuten, wenn es uns künftighin vergönnt wäre, mit Männern wie Rayer und Dieber, wie Gaußmann und Kiesling im engsten Parteiverband zusammenzuarbeiten.“

Verbandstag des Verbandes der bad. Grund- und Hausbesitzer.

oc. Dieser Tage fand in Karlsruhe der 17. Verbandstag des Verbandes der bad. Grund- und Hausbesitzer statt. Die Verhandlungen wurden geleitet von dem Verbandsvorsitzenden Dr. Weingart-Mannheim. Als Vertreter von Behörden waren aufwiegend Ministerialrat Jannhof vom Arbeitsministerium, Oberbaurat Stürzenacker und Bürgermeister Dr. Paul als Vertreter der Stadt. Wie aus dem erstatteten Geschäftsbericht zu ersehen war, zählt der Verband z. Zt. 11 265 Einzelmitglieder, 640 mehr als im Vorjahre.

Das Hauptinteresse der Verhandlungen beanspruchte die angekündigte Behandlung über die Sozialisierung des Wohnungswesens. 1. Berichterstatter war Präsident van der Borgh-Verlin. Der Redner beschäftigte sich eingehend mit dem Vorschlag des badischen Wohnungsinpektors Dr. Kaufmeyer über die Reform des Wohnungswesens. In seinen Ausführungen bezeichnete er den Redner als einen großen Fehler, daß von seiten der Wohnungsreformer, Wohnungsmiethändler verallgemeinert und übertrieben würden. Der Vorschlag Kaufmeyers laufe darauf hinaus, das ganze wirtschaftliche Leben in eine starre Form, in eine gebundene Planwirtschaft hineinzubringen. Eine Unsumme von Erbitterung und Streitigkeiten würde aus der gesellschaftlichen Verwaltung herauswachsen. Mit einer Vergewaltigung des Hauseigentums würde keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung des Wohnungswesens eintreten. Als 2. Referent über dieses Thema sprach Abg. Helfrich-Mannheim ebenfalls gegen den Kaufmeyerschen Entwurf.

Nach einer lebhaften Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß der Verband bad. Grund- und Hausbesitzervereine an der Festigung der Wohnungsnot den lebhaftesten Anteil nehme und an seinem Teil bereit sei, in jeder ihm möglichen Weise hierbei mitzuwirken. Den Plan zur Sozialisierung des Wohnungswesens müsse der Verband aber auf das Entschiedenste bekämpfen. Die Ausschaltung der selbstverantwortlichen Privatwirtschaft im Wohnungswesen und dessen Umstellung auf eine völlig neue und unerprobte Grundlage rufe schwere Störungen und Erbitterungen hervor. Der wirksamste Weg zur Wohnungsnot bestehe in der Wiederaufnahme der Bauzinsfreiheit.

Im weiteren Verlauf der Tagung erklärte Ministerialrat Jannhof, daß das Arbeitsministerium den Wunsch habe, rascher als bisher Bauzuschüsse zu geben. Über das Heimstättengesetz habe die Regierung noch keine Stellung genommen, eine Entscheidung sei noch nicht gefallen. — Schließlich wurde noch ein Antrag des Konstanzer Vereins angenommen dahingehend, daß für die Mietpreisbestimmungen im ganzen Land Grundstücke aufgestellt werden, welche den Grund- und Hausbesitz vor weiteren Verlusten bewahren.

Der Streik der Mannheimer Gastwirtsangestellten.

oc. Der Streik der Gastwirtsangestellten, der am Samstagabend beschlossen worden war, hat nur vier Stunden gedauert. Auf Eingreifen des Landeskommissars wurden weitere Verhandlungen vereinbart. Am Sonntag nachmittag wurde die Arbeit von den Kellnern und Kellnerinnen wieder aufgenommen. Sie stellen nicht nur Lohnforderungen, sondern auch eine Herabsetzung der Arbeitszeit. Demgegenüber erklären die Wirte, daß bei einer Arbeitszeit von neun Stunden die Anstellung der doppelten Anzahl von Kellnern und Kellnerinnen nötig sei, so daß sich auch die hohen Lohnforderungen vermindern würden. Die Wirte seien dann gezwungen, neue Preisaufschläge zu machen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

oc. Salem (Bodensee), 26. Juli. Die Familie des Prinzen Max ist von ihrem kurzen Aufenthalt in der Schweiz wieder hierher zurückgekehrt.

B.C. Wolfach, 27. Juli. Der Kommunalverband Wolfach hat wegen Nichterfüllung der Demobilisationsordnung einen Strafbefehl von 3000 M. erhalten.

Aus der Landeshauptstadt.

* Der Bürgerausschuß trat gestern nachmittag zum ersten Male nach den Neuwahlen zu einer Sitzung zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung fragte Oberbürgermeister Siegrist, ob die Vermählung wünsche, daß er die Verhandlungen leite. Stadtv. Bernauer erklärte, seine Fraktion wünsche, daß der Oberbürgermeister, dessen der Stadt gewidmeten großen Leistungen sie anerkenne, bis zur Wahl seines Nachfolgers die Geschäfte leite. Die Vermählung stimmte jedoch der Ernennung Hans Thomass zum Ehrenbürger einstimmig zu und trat dann in die Beratung der Theatervorlage ein. Eine längere Debatte entspann sich über die Frage, ob der städtische Zuschuß zum Landesheater auch während einer durch Kohlenmangel verursachten Schließung zu leisten sei. Auf Antrag des Stadtrats wurde dem § 8 der Vereinbarung folgende Fassung gegeben: „Die Vereinbarung hat zur selbstverständlichen Voraussetzung, daß die äußeren Umstände den Weiterbetrieb des Theaters überhaupt zulassen. Der städtische Zuschuß wird daher für die Zeiträume nicht geleistet, während deren infolge höherer Gewalt (Kohlenmangel usw.) die regelmäßige Spielzeit unterbrochen werden muß.“ Schließlich wurde der gesamte Vertragstextur genehmigt. Nach Erledigung einer Anzahl kleinerer Vorlagen wurde die Beratung auf Mittwoch verlagert, nachdem die Vertreter der Presse erklärt hatten, der Sitzung nicht länger als bis halb 9 Uhr beimohnen zu können.

* Zur Verhüllung des Karlsruher Stadtgartens. Im letzten Stadtratsbericht wird mitgeteilt:

„Veranlaßt durch die abfällige Kritik, welche im Frühjahr vollaufgehende Änderungen einiger Wege und Anlagen im Stadtgarten gefunden, haben Stadtrat und Stadtgartenkommission diese Anlagen eingehend besichtigt und dabei festgestellt, daß die im Verhältnis zur Gesamtanlage ziemlich unbedeutenden Eingriffe in der Hauptsache durch die Notwendigkeit der Schaffung eines breiteren Hauptweges zur Aufnahme des erfreulicherweise immer häufiger vorkommenden Wägenverkehrs geboten waren, die Neuerungen aber auch vom künstlerisch-ästhetischen Standpunkt aus bei unbefangener Betrachtung die ihnen zuteil gekommene absprechende Beurteilung durchaus nicht verdienen.“

Diese Feststellung schaffte so wenig wie die früheren, verunglückten Rechtsfertigungsversuche der Stadtverwaltung die Tatsache aus der Welt, daß der Karlsruher Stadtgarten in einer Weise verunstaltet und verschandelt wurde, die jedem

ästhetischen Empfinden Hohn spricht. Was im Stadtgarten unter Zuhilfenahme der Verwaltung begangen wurde, war und bleibt ein Akt der Unkultur und Geschmacklosigkeit. Der Versuch, die Masse derjenigen, die daran Anstoß nahmen, als „befangen“ hinzustellen, ist völlig ungerechtfertigt. Die Geste, mit der der Stadtratsbericht diese Angelegenheit abtut, offenbart denselben Geist, wie die im ganzen Reich einzig dastehende Weigerung der Stadtverwaltung, bei der Verteilung des Auslandsmehls den Vorschriften der Reichsgetreidestelle zu folgen, eine Haltung, die jetzt dazu führt, daß der Stadt Karlsruhe sämtliche Lieferungen an Auslandsmehl gesperrt wurden, und die der „Volksfreund“ mit den Worten charakterisiert: „Das fehlt jetzt gerade noch, daß die Verorgung der städtischen Bevölkerung noch durch direkte Vorkriegszeit einzelner Stellen erschwert wird.“

Wie erinnerlich ist unsere Kritik über die Umwälzungen im Stadtgarten von dem früheren verdienten Stadtgarten-Direktor Ries durch einen längeren Artikel in der „Bad. Presse“ vollinhaltlich bekräftigt worden. Heute läßt uns Herr Ries folgende Erklärung abgeben, der wir nur zustimmen können:

„Auf die im Sitzungsbericht des Stadtrats vom 24. Juli d. J. veröffentlichte Erklärung betreffs der im Stadtgarten ausgeführten Änderungen erkläre ich meinerseits: Solange meine Ausführungen in der „Bad. Presse“ vom 4. Juli d. J. nicht von unbefugter autoritärer sachmännlicher Seite widerlegt sind, halte ich sie voll und ganz aufrecht.“

Zur Sperre des Auslandsmehls sendet uns das Städtische Nachrichtenamt folgende Erklärung:

„Wie im amtlichen Teil des Staatsanzeigers vom 26. Juli 1918 bekannt gegeben wird, hat die Reichsgetreidestelle in Berlin anscheinend auf Veranlassung des Ministeriums des Innern die für die Stadt Karlsruhe bestimmten Zuteilungen von Auslandsmehl „angehalten“, weil die Stadt Karlsruhe das Mehl durch die hiesigen Bäckermeister verkaufen läßt, statt wie die Reichsgetreidestelle in einem Erlaß vom 16. Mai verlangt hat, durch Kleinhändler oder besondere Verkaufsstellen. Da der Stadtrat auf Grund eingehender Erwägungen wiederholt zu dem Ergebnis gekommen ist, daß für hiesige Verhältnisse, welche die Reichsgetreidestelle von Berlin aus nicht zu beurteilen vermag, die Verteilung des Auslandsmehls durch die Bäcker am natürlichsten, zweckmäßigsten, sichersten und gerechtesten ist, hat er gegen die von der Reichsgetreidestelle ohne gesetzliche Unterlage getroffene Zwangsmaßnahme entschieden Widerspruch und außerdem beim Reichswirtschaftsamt gegen diese ungerechtfertigte Beeinträchtigung des Selbstbestimmungsrechts der Stadt Karlsruhe gemäß §§ 58 ff. der Reichsgetreidendeordnung Beschwerde erhoben. Der in der Karlsruher Zeitung angeführte § 67 der RGD, welcher der Reichsgetreidestelle keine Befugnis zu ihrem in hohem Grade bedenklichen Vorgehen, dem Stadtrat hat daher sofortige Aufhebung der Sperre und Austrag der Sache auf dem geordneten Instanzenweg beantragt. Die Vertreter sämtlicher politischer Parteien haben sich dem Vorgehen des Stadtrats ausdrücklich angeschlossen.“

* Innungsgründung. Am 6. Juni d. J. wurde hier eine freie Innung für das Hafner- und Ofenergewerbe für die Stadt Karlsruhe gegründet, welcher insgesamt 19 Hafnermeister als Mitglieder beigetreten sind. Zum Vorsitzenden der neugegründeten Innung wurde Herr Hafnermeister Gottlob Schaal hier, als Schriftführer Herr Albert Warr und als Kassier Herr Julius Ewald hier, gewählt.

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat unterm 7. Juli d. J. die Eisenbahnsekretäre Nskar August in Karlsruhe, Maier Adolf in Billingen, Kehler Anton in Karlsruhe, Erich Friedrich in Pforzheim, Baumann Gustav in Heidelberg, Schwarz Albert in Karlsruhe, Schaffner Joseph in Karlsruhe, Herr Leopold in Mannheim, Meher Ludwig in Karlsruhe, Ulrich Georg in Mannheim, Beningher Georg in Mannheim-Neckarau, Jahn Ernst in Efringen-Kirchen, Gebhard Jakob in Osterburken, Gader Georg in Karlsruhe, Emmerich Franz in Freiburg, Duttendorfer August in Bruchsal, Stoder Johann in Badstüb, den Stationskontrollleur Odapp Friedrich in Karlsruhe, die Eisenbahnsekretäre Kabbe Armin in Baden-Baden, Mengler Karl in Müllheim, Haas Jakob in Radolfzell, Stübinger Anton in Albrun, Jakob Karl in Mannheim, Felsen Arthur in Emmendingen, Günther Jakob in Rehl, Schmieder Albert in Freiburg, Stoll Franz in Lörzach, Schwemmer Ludwig in Heidelberg, Baumbach Karl in Baden-Baden, Beng Ludwig in Heidelberg, Bauer Friedrich in Heidelberg, Schriever Ernst in Mannheim Abf., Schelling Friedrich in Heidelberg, Meier Ludwig in Offenburg, Demberger Julius in Konstanz, Kuhn Otto in Heidelberg, den Eisenbahningenieur Jäger Heinrich in Mannheim, den Werkstättenvorsteher Dießbach Friedrich in Karlsruhe, die Baufsekretäre Wader Albert in Karlsruhe, Reis Joseph in Karlsruhe, Bösch Georg in Mannheim, Herrmann Fridolin in Karlsruhe, Hiller Balhazer in Karlsruhe, Bähr Konrad in Karlsruhe, Steinbrunn Hermann in Karlsruhe, Bachmann Stephan in Karlsruhe, Kramer Robert in Konstanz, Schlager Jakob in Karlsruhe, Wolf Emil in Wörl, Bauer Wilhelm in Durlach, Schille Karl in Konstanz, Germainous Oskar in Karlsruhe, Weber Wilhelm in Basel, Müller Wilhelm in Freiburg, Moosbrugger Wilhelm in Konstanz, Hügel Heinrich in Freiburg, Ebner Karl in Freiburg, Hölzerbach Julius in Offenburg, Rimle Adolf in Freiburg, Lüthi Karl in Badstüb, Kottengatter Josef in Offenburg, Krämer Karl in Karlsruhe, Scholl Karl in Karlsruhe, Birkenberger Hermann in Durlach, Bink Georg in Karlsruhe, den Eisenbahnsekretär Heberer Ernst in Weinheim in ihren Amtsstellen bestätigt.

Das badische Staatsministerium hat mit Entschließung vom 17. Juli d. J. den Bezirksarzt Dr. Volk in Bonndorf in gleicher Eigenschaft nach Wülz bezeugt.

** Das Ehrenzeichen für 25jährige treue Dienste bei einer freiwilligen Feuerwehr wurde im Jahre 1918 nachbenannten Mitgliedern freiwilliger Feuerwehren des Landes verliehen:

(Fortsetzung aus Nr. 173).

Amtsbezirk Neustadt.

Löffingen: Adolf Kuster, Kassier, Joseph Reichhart, Schmiedemeister, Karl Schreiber, Landwirt.
Neustadt: Joseph Kleiser, Kassier, Max Meurer, Hofnermeister, Karl Butsch, Bäckermeister, Gerhard Weber, Wegetmeister, August Straub, Fabrikant, Karl Huber, Glasermeister, Johannes Spiegelhauber, Schreinermeister.

Rittenbach: Ferdinand Hermann, Waldhüter, Ferdinand Hejmann, Landwirt.

Amtsbezirk Oberkirch.

Oberkirch: Karl Ludwig Jogerst, Bildhauer, Ludwig Wintertex, Schlosser, Joseph Armbruster, Maler, Alexander Bienenhard, Schlossermeister, August Mayer, Schneidermeister.
Oppenau: Lorenz Baumann, Tagelöhner, Joseph Bohnert, Landwirt, Hermann Odapp, Schreinermeister, Joseph Huber, Maurermeister, Karl Schwarz, Kübler, Karl Schweiger, Milchhändler.

Amtsbezirk Offenburg.
Durbach: Wilhelm Frey, Tagelöhner. Valentin Geiler, Landwirt. Johann Baptist Schwab, Wirt.
Gengenbach: Hermann Faust, Metzgermeister. Lorenz Suhn, Zimmermeister.
Oberharmersbach-Niersbach: Wilhelm Schwarz, Wirt. Wilhelm Kasper, Ziegler. Johann Georg Rod, Steinbauer.
Freim: Feuerwehr Oberharmersbach-Dorf: Wilhelm Kasper, Schreiner. August Kornmeier, Schmied. Joseph Rod, Säger. Maurus Roth, Wagner. Stephan Damm, Sattler.
Bahnhof-Feuerwehr Offenburg: Anton Denzer, Werkstättenarbeiter. Karl Hader, Werkstättenarbeiter. Joseph Ruf, Werkstättenarbeiter.
Offenburg: Adolf Beyle, Malermeister. Karl Joseph Schweizer, Blednermeister.
Jell a. S.: Karl Rebon, Buchbindermeister. Ludwig Belle, Bäckermeister. August Mehl, Fabrikarbeiter. Ernst Thoma, Blednermeister. Max Brünz, Wirt.
Amtsbezirk Pforzheim.
Eutingen: Andreas Leicht, Goldarbeiter. Andreas Krauß, Koffer. Gustav Adolf Strauß, Goldarbeiter. Johannes Duppel, Kettenmacher.
Oberrichen: August Arni, Goldarbeiter. Wilhelm Wüst jr., Goldarbeiter. August Nikolaus Bauer, Landwirt. August Reuber, Wirt.
Dudenfeld: Friedrich Morlok, Goldarbeiter. Karl Salomon, Wagner.
Neuhäusen: Franz Joseph Veicht, Maurer.
Nieren: Wilhelm Wallinger, Wegwart.
Pforzheim: Ignaz Wichtauer, Goldarbeiter.
Brüningen: Gottlob Kühnle, Goldarbeiter. Ludwig Beschold, Goldarbeiter. Ludwig Haug, Guillocheur. Ludwig Birt, Küstermeister.
Willweihenstein: Karl Goldeter, Maurer. Daniel Ruf, Goldarbeiter und Wirt.
Amtsbezirk Pfullendorf.
Pfullendorf: Julius Hüge, Wagnermeister.
Heilgenberg: Joseph Wägg, Steinbauermeister. Joseph Beerle, Hilfsamtsdiener.
Amtsbezirk Kastatt.
Au a. Rh.: Heinrich Hertweck, Maurer. Theodor Henschler, Landwirt. Gustav Schorpp, Landwirt.
Bermersbach: Wilhelm Wunsch, Tagelöhner. Richard Stöcker, Holzhauser.
Vernsbach: Karl Graf, Drehermeister. Emil Albert Rheinhardt, Uhrmachermeister.
Oberstrot: Karl Sigmund Hasenohr, Gemeinderat und Platzmeister. Hermann Strobel, Bürgermeister und Bäckermeister. Heinrich Häring, Gemeinderat und Zimmermann. Friedrich Schäfer, Schneider und Landwirt. Sigmund Welsch, Holzhauser und Tagelöhner. Joseph Bernhart Göb, Schreiner. Sebastian Welsch, Holzhauser und Wirt. Emil Göb, Tagelöhner und Holzhauser. Markus Göb, Tagelöhner und Säger. Moritz Fortenbacher, Holzschuhmann. Ferdinand Kalmbacher, Säger. Karl Fortenbacher A. S., Säger. Johannes Siebert, Säger. Johannes Sammer, Fuhrmann. Leo Krieg, Krämer. Faber Hasenohr, Tagelöhner. Ferdinand Strobel, Tagelöhner. Lorenz Fortenbacher, A. S., Tagelöhner. Markus Schäfer, Tagelöhner. Alois Rader, Schleifer. Wilhelm Hasenohr, Tagelöhner. Johannes Nepomut Schäfer, Tagelöhner. Markus Ruh, Tagelöhner. Franz Rader, Schleifer. Ludwig Göb, Faselhalter. Anton Göb, Schuhmacher. Simon Fortenbacher, Säger. Florian Hasenohr, Tagelöhner.
Kastatt: Karl Reiningger, Malermeister. Franz Joseph Wolff, Seilermeister.
Waltenfels: Stephan Witzel, Kaufmann. Adolf August Hügel, Schloffer.
Wirmersheim: Karl Oberle, Landwirt. Franz Oberle, Landwirt. Karl Enderle, Landwirt.
Amtsbezirk Säckingen.
Murg: Wilhelm Haller, Baumwollweber.
Säckingen: Erhard Steinegger, Landwirt. Hermann Steinegger (Antons), Landwirt. Otto Steinegger-Geb, Landwirt. Jeremias Sigrist, Landwirt.

Offingen: Johann Maier, Fabrikarbeiter in Dremmet. Dominik Thomann, Landwirt in Offingen. Theodor Thomann, Landwirt und Sägewerksbesitzer in Offingen.
Säckingen: Joseph Arndt, Fabrikarbeiter. Karl Falschobner, Blednermeister. Otto Greiner, Gemeinderat und Zimmermeister. Johann Maier, Maurer.
Amtsbezirk Schönbach.
Chrsberg: Franz Karl Feigmann, Landwirt. Johann Böckler, Landwirt.
Schönbach: Donatus Eugen Rals, Bürstenschreiner. Ferdinand Kaiser, Zimmermann. Eduard Frank, Fabrikmeister. Johann Georg Keng, Zimmermann.
Tobtnau: Eduard Maier, Säger. Matthias Schnee, Fabrikarbeiter. Joseph Julius Keller, Gärtner. Pius Grether, Bürstenschreiner. Landolin Dietzsch, Bürstenschreiner.
Wiesen: Johann Karle, Landwirt. August Lorich, Bürstenschreiner.
Jell i. W.: Jakob Vogel, Landwirt. Emil Böckler, Landwirt. Alexander Ueber, Sattlermeister. Heinrich Boh, Magazinsier.
Amtsbezirk Schöpsheim.
Eisen: Karl Friedrich Kuhn, Landwirt. Albert Friedrich Kuhn, Landwirt. Friedrich Nag, Landwirt.
Fahrenau: Emil Schneider, Webermeister. Wilhelm Blaul, Werkmeister.
Greßgen: Johann Friedrich Echin, Landwirt. Otto Friedrich Grether, Landwirt. Karl Friedrich Hermann, Landwirt. Wilhelm Heilmann, Fabrikarbeiter.
Sasel: Gustav Friedrich Jost, Landwirt.
Maulburg: Johann Jakob Rens, Webermeister. Wilhelm Blum, Landwirt und Gemeinderat. Johann Albert Müller, Landwirt. August Hilbold, Landwirt. Johann Friedrich Rupp, Landwirt.
Schöpsheim: Wilhelm Friedrich Gröblin, Müller. Gabriel Deif, Fabrikarbeiter. Meinrad Landis, Schuhfabrikarbeiter. Heinrich Siffinger, Schneidermeister.
Wehr: Albert Rini, Landwirt.
Amtsbezirk Schwellingen.
Dudenheim: Johann Georg Stalter, Fagarrenmacher.
Schwellingen: Peter Janda, Färber.
Amtsbezirk Sindheim.
Doffenheim: Jakob Heinrich Reuch, Maurer.
Mappan: Johann Göb, Salinenarbeiter. Johann Klingmann, Salinenarbeiter.
Sindheim: Franz Anton Rothweiler, Buchbindermeister. Johann Jakob Gebhardt, Landwirt. Georg Johann Rint, Landwirt. Karl August Reimann, Drechlermeister. Adam Seif, Privatmann.
Amtsbezirk Staufen.
Ehrenstetten: Adolf Hug, Landwirt. Joseph Jähringer, Landwirt. Alexander Hummel, Landwirt und Waldwegwart. August Heineemann, Landwirt. Wilhelm Bayer, Blednermeister.
Amtsbezirk Stutlach.
Egelingen: Adolf Martin jr., Landwirt und Bürgermeister. Julius Martin jr., Landwirt. Rupert Bihler, Müller. Fidel Rattner, Schreinermeister.
Mensingen: Emil Schönenberger, Landwirt. Ernst Schönenberger, Landwirt. Johann Evangelist Wühl, Landwirt. Heinrich Johann Wold, Landwirt. Karl Anton Wold, Landwirt.
Stettlingen: Johannes Kägele, Landwirt.
Voltershausen: Joseph Rausle, Landwirt. Martin Wert, Fabrikarbeiter.
Bienhausen: Johann Spanniger, Joseph Brunner. E. tus Schmid.
Amtsbezirk Tauberbischofsheim.
Bahnhof-Feuerwehr Tauba: Adam Seif, Werkstättenarbeiter. Karl Schön, Werkstättenarbeiter.
Wesselshausen: Gottlieb Freund, Wagner. Peter Junf, Gutsächter.
Wilsbach: Franz Zimmermann, Zimmermann.
Amtsbezirk Teisberg.
Furtwangen: Alfred Fehrenbach, Malermeister. Joseph Anton Furtwängler, Gießermeister. Hermann Häring, Uhrmacher.

Leo Enzmann, Gastwirt. Karl Krieg, Zimmermeister. Stephan Reger, Verleger. Gustav Brinker, Flachsnermeister. Giltensbach: Selund Messing, Schreinermeister. Hornberg: Christian Friedrich Obergfell, Metzgermeister. Trisberg: Eber Fischer, Kettenmacher. Andreas Kopp, Arbeiter. Karl Zimmer, Kaufmann. Philipp Martin, Uhrmacher.
Amtsbezirk Aberglingen.
Kluster: Karl Friedrich Bisinger, Maurermeister. Johann Evangelist Müller I, Landwirt. Konrad Zimmermann, Landwirt und Schmiedmeister.
Marzbach: Joseph Wid, Landwirt. Johann Adolf Ummerhofer, Straßenwart.
Neersburg: Gottlieb Duelli, Kunstschreinermeister. Alois Frey, Landwirt.
Aberglingen: Max Joseph Mayer, Landwirt. Emil Theodor Raft, Flachsnermeister.
Amtsbezirk Balingen.
Dürheim: Johann Georg Berisch, Salinenschreiner. Johann Obergfell, Salinenschreiner. Karl Obergfell, Waldhüter. Johannes Reich, Landwirt.
Marbach: Leonhard Schaumann, Schneidermeister.
Mündweiler: Johannes Stodburger, Bahnarbeiter.
Neuhäusen: Krinus Rint, Uhrmacher.
Niederstschach: Heinrich Schenker, Landwirt.
Oberstschach: Johann Baptist Sieber, Landwirt. Johann Schuber, Landwirt. Joseph Werle, Landwirt.
St. Georgen: Johann Georg Bäch, Fabrikarbeiter. Karl Philipp Haas, Kommerzienrat und Uhrenfabrikant. Johann Emil Steiger, Blednermeister und Installeur. Friedrich Stodburger, Schreinermeister. Ludwig Weiler, Bezirksrat und Maschinenfabrikant. Joseph Watterhalter, Maler.
Balingen: Joseph Messing, Schloffer. Eduard Gäßler, Säger. Joseph Hermann, Bierbrauer. Albert Reiningger, Drechlermeister. Joseph Riegger, Bierbrauer. Hermann Schäfer, Malermeister und Wirt.
Bahnhof-Feuerwehr Balingen: Thomas Weichert, Werkstättenarbeiter.
Böhrenbach: Edwin Schreyäg, Uhrmacher.
Weilersbach: Urban Stern, Schuhmachermeister.
Amtsbezirk Badlirch.
Badlirch: Gustav Braun, Friseur. Albert Kurz, Schmiedler. Emil Woerner, Tapezier.
Amtsbezirk Badstätt.
Jestetten: Hermann Danner, Drechlermeister. Benedikt Sagen, Fabrikarbeiter. Theodor Hartmann, Bäckermeister. Johann Holzscheller, Zimmermann. Franz Karl Honstetter, Wagnermeister. Konrad Vetter, Schuhmachermeister.
Tiengen: Adolf Stoll, Schuhmachermeister. Alfred Gerster, Metzgermeister. Johann Maier, Fabrikarbeiter. Alfred Rait, Jagdaufscher.
Badstätt: Emil Mann, Fabrikant. Albert Wilhelm Wirtenberger, Weinbändler.
Amtsbezirk Weinheim.
Weinheim: Anton Gresslich, Schreiner.
Amtsbezirk Wertheim.
Wertheim: Anton Gannoni, Fabrikarbeiter. Adolf Rose, Schuhmacher. Albert Wintelmair, Schuhmacher. Ignaz Böller, Tagelöhner. Johann Bäch, Schneider.
Amtsbezirk Welsch.
Walldorf: Philipp Wenger, Tagelöhner.
Amtsbezirk Wolfach.
Waslach: Joseph Bederer, Landwirt. Johann Hansmann, Bahnarbeiter. Heinrich Ziegler, Gastwirt.
Gausach: Jakob Fuggis, Bäckermeister. Joseph König, Schloffermeister. Gottlieb Köstler, Fabrikarbeiter. Johann Neuhoff, Fabrikarbeiter. Johann Georg Schmid, Wirt. Gottfried Schmieder, Schreinermeister. Friedrich Schoch, Schreinermeister. Karl Uhl, Stadtmüller.
Schittach: Wilhelm Reimann, Gemeinderat.

Volkshochschul-Kurse
an der Technischen Hochschule Karlsruhe.
Winterkurse 1919/20.
I. Reihe Oktober-November.
Rechnen: Von den Zahlen. Einführende Betrachtungen über Zählen und Rechnen. Jeden Dienstag. Beginn: 30. September.
Erhardt: Magnet und galvanischer Strom in ihren gegenseitigen Wirkungen. (Im Unterrichtszimmer für Physik der Oberrealschule, Kaiserallee 6). Jeden Montag. Beginn: 29. September.
Rittner: Grundzüge der Chemie. I. Teil. (Im Hörsaal des chemischen Instituts der Technischen Hochschule, Englerstr. 5). Jeden Montag. Beginn: 29. September.
Rehbock: Die Verwertung des Wasserstoffes als Verkehrsweg und Kraftspeicher. Jeden Mittwoch. Beginn: 1. Oktober.
Weg: Badische Landschaften. Eine Einführung in das geographische Verständnis der Heimat. Mit Exkursionen. Jeden Dienstag. Beginn: 30. September.
Rein: Wie lebt die Pflanze? Die botanischen Grundlagen des Gartenbaues und der Landwirtschaft. (Im Hörsaal des botanischen Instituts der Technischen Hochschule, Kaiserstr. 2). Jeden Donnerstag. Beginn: 2. Oktober.
Wahl: Vor- und Frühgeschichte des badischen Landes. Mit Lichtbildern. Jeden Donnerstag. Beginn: 2. Oktober.
Hoepfner: Die Stadt als Wohnstätte. (Die Lösung der allgemeinen Wohnungsverhältnisse durch Gestaltung des Stadtkörpers). Jeden Mittwoch. Beginn: 1. Oktober.
Gruber: Die Entwicklungsgeschichte der deutschen Stadt als Kunstwerk. Jeden Donnerstag. Beginn: 2. Oktober.
Eberlein: Die deutsche Kunst der Romantik. Mit Lichtbildern. Jeden Freitag. Beginn: 3. Oktober.
Poppen: Die großen deutschen Liederkomponisten. (Schubert, Schumann, Brahms, Lohse, Wolf). Mit Wiederproben. (Gesang und Klavier). Jeden Samstag. Beginn: 4. Oktober.
Fried: Freiherr von Stein und die Gegenwart. Jeden Freitag. Beginn: 3. Oktober.
Braun: Die wichtigsten modernen Staatsverfassungen. Eine Einführung in politisches Denken. (Mit besonderer Berücksichtigung der russischen Verfassung und der neuen deutschen Reichsverfassung). Jeden Dienstag. Beginn: 30. September.
Widder: Goethes Weltanschauung und die neuzeitliche Naturwissenschaft. Jeden Mittwoch. Beginn: 1. Oktober.
Ungerer: Was ist Sittlichkeit? Eine Einführung in die Grundfragen der Ethik und ihre Geschichte. Jeden Montag. Beginn: 29. September.
**Die Kurse finden an den Wochentagen abends von 7 bis 9 Uhr statt, und zwar, wo nicht besonders angegeben, in der Technischen Hochschule in den beiden Hörsälen des Maschinenbauhauses und dem Hörsaal 97 der Ingenieurabteilung. Jede Vortragsreihe umfasst 5-8 Abende. An die Vorträge können sich Diskussionen und bei entsprechender Beteiligung Arbeitsgemeinschaften anschließen. Für letztere steht der Handarbeitsaal der Hellschule, Kreuzstr. 15, bereit.
 Zugelassen sind alle Personen beiderlei Geschlechts, soweit sie das 17. Lebensjahr vollendet haben. Über Ausnahmen entscheidet der Arbeitsausschuss.
 Die Anmeldung erfolgt durch Einzeichnung in die Teilnehmerlisten unter Vorabbezahlung der Hörschulgebühr. Nach dem ersten Vortrag jeder Reihe kann die Gebühr zurückverlangt werden. Vom zweiten Abend an sind die Teilnehmerkarten am Saaleingang vorzuzeigen.
 Die Hörschulgebühr beträgt für jede Vortragsreihe 3 M. Minderbemittelten wird auf Antrag Ermäßigung gewährt. Der Antrag ist bei der Geschäftsstelle unmittelbar oder durch Vermittlung einer Berufsorganisation zu stellen. Sollte aus räumlichen oder aus sachlichen Gründen die Teilnehmerzahl nachträglich beschränkt oder die Vortragsreihe aus irgend welchem Grunde vom Lehrer abgebrochen werden, so findet eine entsprechende Rückvergütung der Hörschulgebühr statt.
 Alle Wünsche und Beschwerden sind an die Geschäftsstelle der Kurse zu richten.
 Anmeldungen können Wochentags erfolgen:
 in Karlsruhe: auf der Geschäftsstelle der Volkshochschul-Kurse (Volkshaus Karlsruhe), Schloßbezirk 6 (Küchenbau) II. Stock, im Arbeitersekretariat, Wilhelmstr. 47, 12-1 und 5-6 Uhr, in der Musikalienhandlung Müller, Ecke Kaiser- und Waldstr. 57, in Mühlburg: im Lebensbedürfnisverein, Rheinstr. 57, in Ruppurr: in der Geschäftsstelle Gartenstadt, Obendörflerplatz 4, 1-4 Uhr, in Durlach: im Rathaus, Stadtkasse, 8-12, 2-6 Uhr, in Ettlingen: im Rathaus, Zimmer 10, 8-12, 2-6 Uhr.**

Städtisches Konzerthaus.
 Mittwoch, den 30. Juli 1919
Die Faschingsfee
 Anfang 7 1/2 Uhr
Alttertümer:
 Porzellanfiguren, Tassen, Teller, Möbel, Uhren, Gläser, Stickeren, Bilder, Bücher, auch ganze Bibliotheken, sucht fortwährend zu kaufen
Antiquar Sasse, Kaiserstr. 233.
Oberbürgermeisterstelle.
 Die Stelle des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Karlsruhe ist neu zu besetzen. Für das Amt geeignete Bewerber werden gebeten, ihre Gesuche unter Angabe der persönlichen Verhältnisse bis spätestens 14. August d. J. bei uns einzureichen. Karlsruhe, den 25. Juli 1919.
 Der Stadtrat.
Bürgermeisterstelle.
 Die Stelle des Bürgermeisters der Amtsstadt Wolfach i. B. ist neu zu besetzen. Für das Amt geeignete Bewerber werden gebeten, ihre Gesuche unter Angabe des Lebenslaufs und der Gehaltsansprüche bis zum 3. August d. J. anher einzureichen. Wolfach, den 22. Juli 1919.
 Gemeinderat: i. B.: Sarloth.
Bürgerliche Rechtspflege
 a. Streitige Gerichtsbarkeit.
 Bekanntmachung. N. 447 Pforzheim. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Rosenhals & Gerlach in Pforzheim wurde nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins durch Beschluß des Amtsgerichts Pforzheim vom heutigen aufgehoben. Pforzheim, 24. Juli 1919. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A. 4.
Strafverfahren
 Stadtbrieffserledigung. Stadtbrieff gegen Obergetreiden Emil Weber, geb. 29. 10. 1879 zu Rombold (Baden), veröffentlicht am

24. 10. 1916 ist aufgehoben. N. 435
 Bielefeld, 13. Juli 1919.
 Gerichtspräsident Stabes 26 (14. Div.).
Berj. Bekanntmachungen
 Stammholz, Stangen- und Rundholz - Versteigerung des Forstamts Karlsruhe aus Domänenwaldfastentmiete am Samstag, 2. August 1919, beginnend 8 Uhr vormittags im Ader in Forchheim: 1200 Festmeter Eichen, Eichen, Ulmen, Hainbuchen, Ahorn, Erlen, kanadische Kappeln, Silberpappeln, Platänen; 120 Eichenstangen; 150 Eter Eichen, Ulmen, Ahorn und Kappeln-Rollen. Losversteigerung durch das Forstamt Karlsruhe, Eisenlohrstr. 6. Auskunft auch durch Forstwart Rehn in Forchheim, Amt, Ettlingen. N. 445
 Bauarbeiten für die Verlängerung der Güterzuggleise im Bahnhof Durmersheim nach Finanzministeriumsverordnung vom 3. Januar 1907 zu vergeben, umfassend etwa 3000 cbm Erdbewegung, 1430 qm Böschungen, 510 qm Straßenverlegung, 28 cbm Betonmauerwerk für Stützmauer. Bedingungen samt Zeichnungen auf unserem Zeichenbüro im neuen Personenbahnhof Karlsruhe zur Einsicht; dort auch Abgabe der Angebotsdrucke; kein Versand nach auswärts. Angebote beschließen mit Aufschrift: „Verlängerung der Gleise in Durmersheim“ bis Mittwoch, den 6. August 1919, vormittags 11 Uhr, dem Zeitpunkt der Eröffnung der Angebote, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. N. 344.2.1 Karlsruhe, 22. Juli 1919. Bahnbauinspektion 2.